

V-1 Faire Bedingungen für kleine Unternehmen und Selbständige

Gremium: LAG Wirtschaft
Beschlussdatum: 22.05.2021
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

1 Faire Bedingungen für kleine Unternehmen und Selbständige

2 Ausgangssituation

3 Im „Kleinen“ – im Handwerk, Handel, Dienstleistungsbereich oder in der
4 Landwirtschaft – liegt eine große Stärke der Wirtschaft in Deutschland. Rund 97%
5 aller Unternehmen waren 2018 Kleinunternehmen (KU < 50 Beschäftigte und/oder <
6 EUR 10 Mio. Umsatz), rund 88% sogar Kleinstunternehmen (<10 Beschäftigte
7 und/oder < EUR 2 Mio. Umsatz). 97% aller Unternehmen in Deutschland sind kleiner
8 Unternehmen (KU) und beschäftigen ca. 31% aller sozialversicherungspflichtigen
9 Beschäftigten. [\[1\]](#) Hier entsteht Innovation, Wettbewerb und Wandel. Das sichert
10 uns Vielfalt, Flexibilität, Unabhängigkeit, Machtverteilung und demokratische
11 Prozesse. Die Krisenfestigkeit der KU hat sich auch während der Finanzkrise in
12 2009 bewährt.

13 Doch kleine Unternehmen und Selbständige haben es in Deutschland oft schwer,
14 denn die Rahmenbedingungen sind nicht immer fair. Eine große Rolle spielt dabei,
15 dass ihre Interessen in politischen Entscheidungsprozessen häufig nicht
16 ausreichend berücksichtigt werden. Zu oft vertreten die Kammern eher die
17 Interessen von größeren Unternehmen und in Mittelstandsstrategien werden KU in
18 einen „Topf“ mit Unternehmen bis 499 Beschäftigten und 50 Mio. Umsatz geworfen
19 (KMU-Definition des IfM Bonn seit 01.01.2016). Dabei ist klar, dass die
20 Strategien, die für ein großes mittelständisches Unternehmen passgenau sind,
21 noch lange nicht für eine kleine Handwerks-Bäckerei oder einen Kioskbetreiber
22 angemessen sind. Erschwerend kommt hinzu, dass im Zuge der Corona-Pandemie viele
23 Kleinstunternehmen nun in ihrer Existenz bedroht sind.

24 Die Corona-Krise zeigt uns wie durch ein Brennglas die Probleme der
25 Kleinbetriebe und Selbständigen auf, die alle vorher schon existierten, von der
26 Politik aber nicht gesehen und angepackt wurden: Wenig soziale Absicherung für
27 die Unternehmer*innen, die Liquidität auf Kante genäht, eine überbordende
28 Bürokratie, wenig Zugang zu Kapital, das Schwinden von privaten Rücklagen, die
29 ins Unternehmen investiert wurden sowie eine übermächtige Konkurrenz durch die
30 großen Konzerne bspw. im Online-Handel, die von der Corona-Krise sogar massiv
31 profitieren konnten. Denn während manch großes Unternehmen wie Starbucks, IKEA
32 oder Amazon das Steueraufkommen kreativ gestalten können, tragen kleine
33 Unternehmen vor Ort die volle Steuerverantwortung. Dazu kommt ein hoher Mangel
34 an Fachkräften und Nachfolger*innen.

35 Die Corona-Pandemie machte uns auch noch einmal deutlich, wie wichtig eine
36 dezentrale Wirtschaftsstruktur mit regionalen Wertschöpfungsketten für den
37 Erhalt einer krisensicheren Nahversorgung und im Kampf gegen die Klimakrise ist
38 (short distance economy). So stieg die Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln
39 in 2020 stark an. Doch viele Betriebe hatten wir schon vor der Corona-Pandemie
40 verloren. Seit 1989 haben in Deutschland (ähnlich NRW) rund die Hälfte aller
41 kleineren Nahversorgungsbetriebe (kleine Bauernhöfe, „Tante-Emma Läden“,

42 Handwerks-Bäckereien, Fleischereien, Mühlen, Gaststätten etc.) aufgegeben. Und
43 auch die Preissteigerungen auf vielen Immobilienmärkten gerade in den
44 Ballungsgebieten führt vermehrt bei Gewerbemietern, etwa dem kleinen
45 inhabergeführten Einzelhandel, dem Handwerksbetrieb und bei sozialen oder
46 kulturellen Einrichtungen, zu Verdrängungseffekten. War das Innenstadtsterben
47 durch Baumärkte und Lebensmitteleinzelhandelsketten am Stadtrand schon vor der
48 Corona-Krise ein großes Thema, so droht nun in vielen Kommunen eine weitere
49 Verödung und der Verlust wichtiger Kommunikationsorte.

50 Zielsetzung

51 Wir Grüne wollen die Vielfalt der Betriebe in der Wirtschaft sichern, dezentrale
52 Strukturen und regionale Wertschöpfungsketten stärken sowie lebendige
53 Innenstädte erhalten. Für die kleinen Betriebe und Selbständigen wollen wir
54 faire Rahmenbedingungen schaffen, fairen Wettbewerb und eine gute soziale
55 Absicherung gewährleisten. Gründungen und Unternehmensnachfolgen wollen wir
56 erleichtern. Ziel ist es, eine Entlastung von KU zu erreichen und
57 Skalierungsnachteile stärker zu berücksichtigen. Hierfür wollen wir eine
58 Mittelstandsstrategie für KU – eine KU-Strategie – implementieren:

59 KU-Strategie

- 60 1. Krisen-Schutzkonzept für KU aufsetzen
- 61 2. KU in politischen Prozessen angemessen beteiligen
- 62 3. KU von übermäßiger Bürokratie befreien
- 63 4. KU für regionale Nahversorgung fördern
- 64 5. Faire Rahmenbedingungen international / national schaffen
- 65 6. Liquidität erhalten / Kapitalausstattung verbessern
- 66 7. Soziale Absicherung gewährleisten

67 1. Krisen-Schutzkonzept für KU aufsetzen

68 Von der Corona-Krise sind gerade kleine Unternehmen und Selbständige schwer
69 getroffen. Einnahmen brachen durch die Lock-down-Maßnahmen ein, teils durch die
70 direkten Vorgaben für Geschäftsschließungen oder auch indirekt, weil einfach die
71 Kunden fehlten. Dennoch laufen Gewerbemietern weiter. Auch eine mögliche Stundung
72 hilft den Betrieben nicht wirklich, sondern verschiebt das Problem nur. Während
73 einzelne große Unternehmen immer wieder mit viel Steuergeld gerettet werden
74 (z.B. Abwrackprämie, Rettungsgelder), setzen viele Kleinunternehmer*innen ihr
75 privates Vermögen und angesparte Renten ein, um Betrieb und Arbeitsplätze zu
76 erhalten.

- 77 • Krisen-Schutzkonzept: In einem Konzept muss in Eckwerten festgelegt
78 werden, unter welchen Bedingungen welches Unternehmen (Kategorie) vom
79 Staat wieviel Unterstützung erhält, wenn durch staatliches Handeln
80 Betriebe geschlossen werden müssen oder sie auf Grund von starken
81 Einschränkungen nicht mehr genug Einnahmen erzielen können. Ziel ist es,
82 dass KU genauso unterstützt werden wie Fluggesellschaften, die

83 Autoindustrie oder große Kaufhäuser. Zudem müssen Rettungsgelder an
84 sozial-ökologische Transformationsprozesse geknüpft werden. Solange die
85 Arbeitslosenversicherung für die Selbständigen nicht frei zugänglich ist,
86 muss auch eine Art Kurzarbeitergeld als fiktiver Unternehmer*innenlohn für
87 Selbständige gezahlt werden. Dazu brauchen wir eine klar definierte
88 Risikoverteilung zwischen Vermieter und Mieter bei staatlichen
89 Schließungsanordnungen oder erheblichen Beschränkungen z.B. in Form einer
90 gesetzlichen Verpflichtung zur Aufteilung von Mietverpflichtungen zwischen
91 Mieter und Vermieter (vgl. Schweiz [\[2\]](#)). Krisen-Gewinner müssen
92 solidarisch zur Finanzierung der Krisenkosten beitragen.

- 93 • Schnelle zweite Gründungschance schaffen: Je länger Wirtschaftskrisen
94 andauern, desto mehr KU und Selbständige werden ihren Betrieb aufgeben
95 müssen. Oft sind dann alle persönlichen finanziellen Reserven
96 aufgebraucht. Diesen Unternehmer*innen wollen wir mit einem
97 Gründungskapital von bis zu 25.000 Euro pro Kopf unter die Arme greifen
98 und neuen Mut zur Selbständigkeit machen. Das Gründungskapital soll im
99 Insolvenzverfahren genutzt werden können, um dem Unternehmen wieder auf
100 die Beine zu helfen. Voraussetzung ist, dass das Unternehmen nur durch die
101 Krise in Schwierigkeiten geraten ist.

102 2. KU in politischen Prozessen angemessen beteiligen

103 Wesentliche Ursache für viele Schwierigkeiten von KUs und Selbständigen ist die
104 mangelnde Sichtbarkeit und Relevanz in politischen Entscheidungsprozessen.

- 105 • Runder Tisch KU / Beirat KU: Wir wollen, dass kleine Unternehmen und
106 Selbständige in den relevanten Entscheidungsgremien besser beteiligt
107 werden. Hierfür wollen wir einen Runden Tisch KU und einen Beirat der
108 Bundesregierung speziell für die Themen der kleineren Unternehmen und
109 Selbständigen einrichten. In Mittelstandsausschüssen (bspw.
110 Staatssekretärsausschuss Mittelstand) sollen sie gleichrangig zu großen
111 Unternehmen vertreten sein. In Gesetzgebungsprozessen sollen auch KU
112 verstärkt die Gelegenheit erhalten, Stellung zu beziehen.
- 113 • Kammern neu organisieren: Wir brauchen dringend eine Reform des
114 Kammerwesens, denn die Kammern vertreten heutzutage vor allem finanzstarke
115 große Betriebe. Wir wollen, dass diese Institutionen in Zukunft einen
116 echten Mehrwert für die KUs bieten. Dazu sind intensive Gespräche über
117 neue Konzepte notwendig. Wir wollen, dass es in den Kammern/Verbänden
118 spezielle KU-Vertreter/Botschafter gibt. Die Repräsentation von KU in den
119 Kammergremien wollen wir erhöhen und die Kammerpflichtmitgliedschaft
120 überprüfen - bspw. besteht in der Schweiz gar keine HK- oder IHK-
121 Zwangsmitgliedschaft. Auch wollen wir prüfen, ob die Organisation von
122 Betriebshilfsdiensten ähnlich der Landwirtschaft möglich ist.
- 123 • KU-Check: Verordnungen und Erlasse wollen wir mit Blick auf KU auf
124 Verhältnismäßigkeit überprüfen. Bei Bedarf müssen pragmatische Lösungen
125 oder Bagatellgrenzen definiert werden oder es werden entsprechende Förder-
126 oder Unterstützungsprogramme aufgesetzt. Falls neue Anforderungen zwingend
127 umgesetzt werden müssen, die aber für KU unverhältnismäßig hohe Ausgaben
128 nach sich ziehen würden, muss es für sie auch entsprechende

129 Fördermaßnahmen geben (Bspw. für ein neues Kassensystem. Eine
130 Gegenfinanzierung könnte durch die Steuernehreinnahmen wegen
131 Betrugswegfall erfolgen.).

132 3. KU von übermäßiger Bürokratie befreien

- 133 • Bürokratieentlastungskonzept / Task Force Bürokratie: Wir wollen den
134 Bürokratieaufwand für KU deutlich reduzieren, denn es kann nicht sein,
135 dass gut ausgebildete Fachkräfte gerade in KU ihre eigentliche Arbeit kaum
136 nachgehen können, weil tägliche Bürokratie sie an der produktiven Arbeit
137 hindert. Hierfür wollen wir eine Studie in Auftrag geben, die den
138 Bürokratiedschungel durchforstet. Es muss untersucht werden, für welche
139 Vorgaben Bagatellgrenzen eingeführt werden können, für welche
140 Vereinfachungen möglich sind, wann die Digitalisierung Erleichterung
141 schaffen kann und für welche Anforderungen Unterstützung notwendig sind.
142 Hierbei wollen wir die bestehenden Initiativen im Handwerk (z.B.
143 Initiative „Wirtschaftsmacht Handwerk – Werkbank statt Schreibtisch“,
144 „Rettet das Handwerk“) und in anderen Organisationen einbinden. Zu prüfen
145 ist, inwieweit das Ausmaß der Regulierung noch stärker an der
146 Unternehmensgröße orientiert werden kann, so dass insbesondere kleinere
147 Betriebe entlastet werden können.
- 148 • Regionale Runde Tische zum Bürokratieabbau: Wir wollen einen runden Tisch
149 mit Vertreter*innen aus der Praxis initiieren, um Möglichkeiten für
150 Bürokratieabbau mit den Praktikern vor Ort zu ermitteln.
151 Aufzeichnungspflichten aus dem Arbeitsschutz, Brandschutz und der
152 Lebensmittelinformationsverordnung stellen KU vor große Herausforderungen.
153 Unnötige Vorschriften gilt es zu vermeiden.
- 154 • Aufzeichnungspflichten minimieren: Wir wollen uns bei Vorschriften,
155 Dokumentations- und Aufzeichnungspflichten an Betriebsgrößen angepassten
156 Maßstäben orientieren. Hierfür bieten auch EU-Verordnungen oft Spielraum.
157 So macht es zum Beispiel vor allem für KU einen großen Unterschied, ob
158 bestimmte Aufzeichnungspflichten immer durchgeführt werden müssen oder nur
159 bei Abweichungen von der Norm. Auf Supermärkte gemünzte Vorschriften, wie
160 z.B. unterschiedliche Kennzeichnungspflichten, je nachdem, ob eine Ware
161 vorverpackt wurde oder nicht, sollten bei kleinen handwerklichen Betrieben
162 abgeschafft oder angepasst werden. Auch eine abgeschlossene, gut
163 verständliche und praxisnahe Zusammenstellung aller einzuhaltenden
164 Vorschriften würde KU helfen. Aufzeichnungspflichten müssen regelmäßig
165 überprüft werden. Zukünftig könnten vermehrt über
166 Technikeinsatz/Fotodokumentation etc. die bisherigen
167 Verfahrensdokumentationen entfallen (z.B. nach Inkrafttreten der
168 Kassensicherungsverordnung). Wir wollen, dass bei Betriebsprüfungen
169 verstärkt ein Fokus auf Sauberkeit und Hygiene anstatt auf die Einhaltung
170 von Dokumentationspflichten gelegt wird.
- 171 • Meldewesen vereinfachen: Statt vieler einzelner Gänge, z.B. bei der
172 Personalanstellung, wollen wir die Möglichkeit einführen, dass Nachweise
173 und Unterlagen, über welche die Behörden bereits verfügen, nicht erneut
174 verlangt werden können. Dafür soll eine freiwillige Möglichkeit der
175 automatischen Weitergabe von Daten zur Vermeidung von Doppelmeldungen

- 176 angeboten werden. Zudem wollen wir Statistikmeldepflichten terminlich an
177 andere Meldepflichten anpassen.
- 178 • Bundesweit einheitliche Bauvorschriften: Wir wollen den Dschungel an
179 Bauvorschriften lichten, der insbesondere KU häufig überfordert. Dafür
180 braucht es einen gemeinsamen Einsatz der Bundesregierung und der Länder
181 für bundesweit einheitliche Bauvorschriften, damit z. B. bei Brandschutz
182 und der Höhe von Treppengeländern überall die gleichen Vorschriften
183 gelten.
 - 184 • Servicestellen Bürokratie: Wir fordern mehr Unterstützung für KU
185 insbesondere für Fragen der Förderung, Finanzierung und bei bürokratischen
186 Vorgängen. Über One-Stop-Shops / Dienstleistungszentren mit einer
187 Servicestelle Bürokratie wollen wir für alle kleinen Unternehmen und nicht
188 nur für Gründer eine Unterstützung sicherstellen sowie einen
189 Ansprechpartner für den Kontakt zur Verwaltung anbieten.
- 190 4. KU für regionale Nahversorgung erhalten
- 191 • Nahversorgungs-KU fördern: Seit Jahrzehnten ist der
192 Lebensmitteleinzelhandel von einem Strukturwandel hin zu weniger und
193 größeren Geschäften gekennzeichnet. Gerade in kleineren Orten bestehen
194 daher Probleme, die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs in
195 fußläufiger Entfernung, das heißt die Nahversorgung, sicherzustellen. Wir
196 Grüne wollen ein Nahversorgungsförderprogramm für kleine
197 Nahversorgungsunternehmen auflegen, mit dem die Ansiedlung, die
198 Entwicklung und die Erhaltung von Kleinstunternehmen
199 (Lebensmitteleinzelhandel mit Grundsortiment / Bäcker / Fleischer)
200 gefördert werden kann. Dazu wollen wir die Einführung einer
201 Nahversorgungsprämie wie in Tirol [\[3\]](#) prüfen. Wir wollen Neuansiedlungen
202 von KU der Grundversorgung in Dörfern und Mittelzentren über bspw.
203 multifunktionale auch genossenschaftliche „Dorfladenprogramme“ fördern und
204 dabei über erfolgreiche Modelle (z.B. Markttreffs in Schleswig-Holstein)
205 Kriterien für Folgeförderungen definieren. Auch ist zu prüfen, ob nicht
206 auch Bäckereien über weitere Funktionen der Nahversorgung (letzte Meile
207 Station, Post, Bank, o.ä.) wieder angesiedelt werden können. Dazu wollen
208 wir auch steuerliche Anreize prüfen, z.B. für eine Kategorie: Tante Emma
209 Läden/Dorfläden (bspw. bis qm Ladenfläche, etc.) oder für mobile
210 Nahversorgung. Dazu fordern wir einen rechtlichen Schutz von Begriffen wie
211 „Bäckerei“ und eine Art Handwerkssiegel. Wir wollen einen
212 ordnungsrechtlichen Rahmen schaffen, damit der Wildwuchs von
213 Lebensmitteleinzel-/Handelsunternehmen auf der grünen Wiese gestoppt wird.
 - 214 • Digitale Transformation im stationären Handel sinnvoll unterstützen:
215 Gerade der inhabergeführte Einzelhandel wurde von der Corona-Krise mit am
216 stärksten getroffen. Ein Sterben vieler kleiner Geschäfte deutet sich an,
217 dabei sind sie für lebendige Innenstädte existenziell, denn sie leisten
218 durch ihre individuelle Kundenbindung einen Beitrag zum guten Leben in der
219 Stadt. Digitalisierungsförderprogramme sind daher ein wichtiger Baustein.
220 Dabei wollen wir „Hilfe zur Selbsthilfe“ fördern und auch die
221 Verantwortung für die notwendige digitale Infrastruktur übernehmen.
222 Marktregeln werden wir so setzen, dass es für digitale und analoge

223 Geschäftsmodelle Chancengleichheit gibt. Wo es gute Erfahrungen mit neuen
224 Geschäftsmodellen gibt, können andere davon profitieren. So wollen wir
225 Grüne den inhabergeführten stationären Einzelhandel unterstützen.

226 • Programm regionale Wertschöpfung: Zur Stärkung der kleineren regional
227 agierenden Unternehmen wollen wir ein Programm „regionale Wertschöpfung“
228 aufsetzen. Neben sofort wirksamen Direktvermarktungs-Förderprogrammen
229 müssen regionale Versorgungsstrategien entwickelt werden, die regionale
230 Wertschöpfungsketten und Versorgungssysteme (regionale
231 Verarbeitungsstrukturen wie Mühlen, Molkereien, Küchen für die
232 Gemeinschaftsverpflegung aber auch mobile Schlachtungen, mobile Käsereien,
233 etc.) wieder in Funktion setzen. Eine gesunde regionale
234 Ernährungsstrategie insbesondere für Gemeinschaftskantinen (Schulen,
235 Kitas, etc.) ist dazu der erste Schritt. Zentral dabei ist der Aufbau
236 einer Organisationstruktur (Wertschöpfungszentren bspw. auf Bezirksebene;
237 Servicestellen Regionalität auf kommunaler Ebene). Regionalsiegel mit
238 Nachhaltigkeitskriterien und regionale Vermarktungskonzepte wie bspw.
239 Marktschwärmer wollen wir fördern. Dazu brauchen wir eine landesweite und
240 app-basierte Regio-Plattform. Auf EU-Ebene wollen wir uns für Regeln
241 einsetzen, die regionale Wertschöpfungsketten unterstützen. Lokale
242 Handwerker geraten heute unter Druck, da Kommunen gezwungen werden,
243 Handwerksleistungen ab einer bestimmten Auftragssumme EU-weit
244 auszuschreiben. Deshalb sollten Kommunen dazu angehalten werden, kleinere
245 Lose auszuschreiben. Vergabe von Aufträgen muss an
246 Nachhaltigkeitskriterien geknüpft werden.

247 • Bestehende Förderinstrumente ausbauen: Eine übersichtliche, zugängliche
248 und effektive Förderlandschaft ist notwendig, um regionale
249 Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen. Hierfür sollten die bestehenden
250 Fördermöglichkeiten innerhalb der GRW (Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung
251 der regionalen Wirtschaftsstruktur") und der GAK (Gemeinschaftsaufgabe
252 Agrarstruktur und Küstenschutz) in einem Bundesprogramm „Regionale
253 Wertschöpfung“ gebündelt und erweitert werden. Um gerade kleinen und
254 Kleinunternehmen den Zugang zu erleichtern, müssen Unterstützungs- und
255 Beratungsstrukturen ausgebaut und durch Förder Scouts ergänzt werden.

256 • Handwerk / berufliche Bildung aufwerten: Das Handwerk ist überwiegend in
257 Klein- und Kleinbetrieben organisiert. Doch handwerkliche Kompetenzen
258 und Fähigkeiten gehen zunehmend verloren, die nur schwer wieder aufgebaut
259 werden können. Dabei macht uns die Klimakrise deutlich, dass nicht Masse
260 und Billig sondern Klasse, Nachhaltigkeit und Reparierbarkeit die
261 wichtigsten Produkteigenschaften für die Zukunft sind. Hier wird das
262 Handwerk für unsere regionalen Kreisläufe wieder an Bedeutung gewinnen.
263 Doch dem Handwerk fehlen zunehmend Auszubildende, auch weil eine
264 universitäre Ausbildung in der Gesellschaft eine höhere Anerkennung
265 erfährt. Deshalb wollen wir mehr Themen von Handwerk, Ausbildungsberufen
266 und Unternehmertum in die Bildungsarbeit der Schulen insbesondere der
267 Gymnasien integrieren. Durch Gleichstellung von betrieblicher und
268 akademischer Bildung sowie durch Angleichung der Rahmenbedingungen für
269 Azubis und Studenten (z.B. Sozialabgaben für Azubis angleichen zu
270 studentischen Praktika, Azubi-Bafög, Azubi-Ticket, Azubi-Wohnungen,
271 Erasmus für Azubis, etc.) wollen wir Ausbildung attraktiver machen. Das

272 duale Berufsausbildungssystem ist ein deutsches Erfolgsmodell mit
273 internationaler Anerkennung. Wir wollen dieses Ausbildungssystem deutlich
274 stärken. Kern ist hier die parallele Ausbildung in Betrieb und
275 Berufsschule. Beim "Lernen im Arbeitsprozess" spielen die Praktiker aus
276 den Unternehmen die Hauptrolle und übernehmen damit eine große soziale und
277 gesellschaftliche Verantwortung. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen,
278 dass die Ausbildungsleistung des Betriebes durch eine Art staatliche
279 Ausbildervergütung entsprechend dem gesellschaftlichen Wert dargestellt
280 wird. Möglich wäre das bspw. über einen staatlichen Ausbildungsfond, in
281 den alle Unternehmen einzahlen. Denn heute werden gut ausgebildete
282 Fachkräfte von der Industrie häufig abgeworben und profitieren so von der
283 quasi „kostenlosen“ Ausbildungsleistung des Betriebs. Die Selbstverwaltung
284 der betrieblichen Ausbildung ist wesentlich für die Qualität und wird
285 garantiert. Die Finanzierung überbetrieblicher Lehrgänge für Auszubildende
286 sollte staatlich gesichert sein. Wir wollen die Meisterausbildung dem
287 Bachelor gleichstellen und fordern, dass sie zukünftig analog nahezu
288 kostenlos ist. Damit Handwerksberufe wieder attraktiver werden, setzen wir
289 auf eine stärkere Tarifbindung und branchenspezifische Mindestvergütungen.
290 Die Handwerksbetriebe wollen wir bei der Gewinnung und Ausbildung von
291 Auszubildenden stärker unterstützen.

- 292 • Unternehmensgründung und -nachfolge erleichtern: Die Unternehmensnachfolge
293 ist neben der Digitalisierung und der Fachkräftesicherung derzeit wohl die
294 größte Herausforderung für KU. Viele Förderprogramme sind auf Gründungen
295 aber nicht auf Übernahmen ausgelegt. Hier braucht es neue Programme oder
296 eine breitere Auslegung der bestehenden Förderkriterien. Wir Grüne wollen
297 für die Unternehmensübernahmen spezielle Förderprogramme entwickeln, die
298 potenzielle Nachfolger*innen ähnlich wie Gründer*innen bei der
299 Unternehmensübernahme unterstützen. Neugründungen wollen wir erleichtern,
300 denn die Hürden sind mittlerweile so hoch, dass junge Menschen immer mehr
301 die zeitlichen und finanziellen Belastungen und Risiken scheuen. Bei den
302 flächendeckenden Anlaufstellen („One-Stop-Shops“) für Gründungsberatung
303 und -förderung soll auch immer die Nachfolge durch Förderscouts kompetent
304 beraten sowie die Vernetzung zwischen Nachfolgesuchenden und
305 Nachfolgewilligen gefördert werden.

306 5. Faire Rahmenbedingungen international/national schaffen

- 307 • Faire Handelsabkommen: Wir wollen faire Handelsabkommen mit durchsetzbaren
308 Schutzstandards für die Umwelt, Klima und Arbeitnehmer*innen. KU sollten
309 nicht durch unfairen Handel im Wettbewerb verdrängt werden. Wir fordern
310 deshalb eine standardmäßige Risikofolgenabschätzung für den Mittelstand
311 insbesondere KU. Wir setzen uns für die Einführung eines deutschen und
312 perspektivisch eines europäischen Lieferkettengesetzes ein. Dabei müssen
313 praktikable Ausnahmen für KU geschaffen werden.
- 314 • Faire Rahmenbedingungen für die ökologische Transformation: Wir brauchen
315 eine tiefgreifende ökologische Transformation, mit fairen
316 Rahmenbedingungen, die KU nicht überproportional belasten. Anstatt die
317 Kosten der Energiewende fair zu verteilen, verteuert die Bundesregierung
318 seit Jahren, mit Ausnahmen für große, energieintensive Unternehmen, die
319 EEG-Umlage für die kleinen Unternehmen. Wir hingegen wollen, dass

320 nachweislich nur Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen,
321 Vergünstigungen erhalten. Gleichzeitig planen wir die Absenkung der
322 Stromsteuer im Rahmen einer fairen CO₂-Bepreisung. Dies würde vor allem KU
323 helfen, die bisher nicht von Stromsteuer-Gutschriften profitieren. [4] Wer
324 sich für die Energiewende engagiert und eigenen Strom erneuerbar erzeugt –
325 zum Beispiel über die Photovoltaikanlage auf dem Dach –, soll dafür keine
326 EEG-Umlage mehr zahlen müssen. Die kleinen Betriebe der Nahversorgung
327 wollen wir mit Fördermaßnahmen für energieeffiziente Anlagen unterstützen.

328 • Faire Bedingungen bei der digitalen Transformation: Die Digitalisierung
329 kann eine Chance für KU sein und Arbeitserleichterung sowie mehr Einkommen
330 schaffen. Doch nach Studien zählen zu den Digitalisierungsgewinnern vor
331 allem Großunternehmen [5]. Wir wollen die kleineren Betriebe darin
332 unterstützen, sich mit innovativen digitalen / semidigitalen
333 Geschäftsmodellen eine Zukunft zu sichern. Wir wollen einen Rechtsrahmen
334 für digitale Plattformen schaffen, der einen fairen Zugang für alle
335 gewährleistet. Dafür muss die Marktmacht von Unternehmen wie Amazon,
336 Google und Co durch wirksame Regeln klar begrenzt werden. So dürfen
337 beispielsweise die Angebote kleiner Händler von Amazon nicht länger
338 gegenüber den eigenen Angeboten benachteiligt werden. Damit Geräte
339 verschiedener Anbieter miteinander funktionieren, setzen wir uns in allen
340 Sektoren für offene Standards ein. So können die Wechselkosten für KU
341 zwischen verschiedenen Anbietern gesenkt und neues Innovationspotential
342 geschaffen werden.

343 • Faire Bedingungen im Bereich Kontrollen, Gebühren: Wir Grüne setzen uns
344 ein für faire Gebühren für kleine Betriebe. Das Prinzip der Kostendeckung
345 wollen wir aufheben und eine soziale Abfederung ermöglichen. Bei den
346 Schlachtgebühren bspw. zahlen kleine Betriebe mit wenig Schlachtungen
347 i.d.R. erheblich mehr je Tier als Große. Konkret fordern wir hier
348 mindestens einheitliche Schlachtgebühren für alle Betriebe. Genauso
349 fordern wir eine Reform bei den Kontrollgebühren in der Lebens- und die
350 Futtermittelwirtschaft gestaffelt nach Betriebsgröße und nicht nach Dauer
351 der Kontrolle. Kontrollgebühren sollten (z.B. analog Fahrzeugkontrollen)
352 nur bei Verstößen und nicht vollumfänglich pauschal fällig werden. Dazu
353 sollten sämtliche Kontrollen mehr Beratungsfunktion als eine bloße
354 Überwachungsfunktion übernehmen. Kontrollintervalle sollten
355 risikoorientiert angepasst werden. Problembetriebe könnten so häufiger
356 kontrolliert werden. Denn es ergibt wenig Sinn, einen unauffälligen
357 Betrieb, der vorbildliche Eigenkontrollen und Qualitätsmechanismen
358 besitzt, ständig wiederkehrend in kurzen Intervallen zu kontrollieren.
359 Eine einheitliche Auslegung von Richtlinien in Kreisen und Ländern ist zu
360 gewährleisten.

361 • Faire Bedingungen für Kleingewerbemieten: Kleingewerbemieten müssen vor
362 explosionsartigen Mietenanstieg und der Verdrängung aus den Innenstädten
363 geschützt werden. Nach aktueller Rechtslage wird angenommen, dass
364 Gewerbemieten, anders als Mieten von Wohnraum, als Marktteilnehmer mit dem
365 Vermieter „auf Augenhöhe“ agieren und verhandeln können. Diese Annahme ist
366 jedenfalls in angespannten Gewerbemietmärkten, etwa in gentrifizierten
367 Stadtgebieten, nicht mehr zeitgemäß. Um dies zu ändern, wollen wir die
368 Landesregierungen ermächtigen, „Gebiete mit angespannten

369 Gewerbemietmärkten“ nach festgelegten Kriterien zu bestimmen. Für diese
370 Gebiete erhalten Kleingewerbemietnehmer Sonderrechte: Kündigungsschutz,
371 Verlängerungsansprüche, Mietpreisbremse. Daneben wollen wir Instrumente
372 schaffen, die dazu beitragen, die ortsübliche Vergleichsmiete auch mit
373 Blick auf Gewerbemietereinheiten bestimmen zu können. Den Neubau wollen wir
374 von der Anwendbarkeit der „Mietpreisbremse“ auch im Gewerbebereich
375 ausnehmen, sodass Investitionen in Neubau insoweit nicht behindert werden.

376 • Faire Bedingungen im Rechtsstreit: Wir wollen, dass sich die Aufteilung der
377 Kosten des Verfahrens stärker an der Leistungsfähigkeit der Streitparteien
378 orientiert. Es darf nicht möglich sein, kleine Unternehmen durch die
379 Forderung unangemessen hoher Streitwerte oder immerwährenden
380 Verlängerungen des Verfahrens "auszuhungern".

381 • Ein faires Steuer- und Abgabensystem: Gemäß unseres Grundsatzprogrammes
382 muss ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, neue
383 Aktivitäten und Investitionen begünstigen sowie Vermögen und leistungslose
384 Einkommen gleichermaßen besteuern. Darüber hinaus soll die Besteuerung
385 progressiver werden. Unser heutiges Steuer- und Abgabensystem
386 benachteiligt KUs in unfairer Weise. Die Basis beruht zum Großteil auf dem
387 für KUs entscheidendem Faktor Arbeit, während "arbeitsfreie" Einkommen,
388 insbesondere Kapitaleinkommen, privilegiert werden. Darüber hinaus können
389 multinationale Konzerne ihre Gewinne steueroptimiert international
390 verlagern, jedoch müssen kleine Unternehmen ihren Steuerbeitrag vor Ort
391 entrichten. So zeigen Studien, dass Großkonzerne in Deutschland durch
392 Steuervermeidungsmodelle effektiv nur 20% statt der üblichen ca. 30% in
393 Deutschland versteuern. Außerdem ist unser Steuersystem außerordentlich
394 komplex und während sich Konzerne Steuerexperten zur Optimierung leisten
395 können, haben KUs hier einen erheblichen Skalierungsnachteil. Wir Grüne
396 setzen uns für eine nationale und globale Steuergerechtigkeit ein und
397 fordern, dass Digitalkonzerne entsprechend ihres Umsatzes im Land ihre
398 Steuern abführen müssen. Um dem Unterbietungswettbewerb einzelner Staaten
399 Einhalt zu gebieten, setzen wir uns für einen europäischen
400 Mindeststeuersatz ein. Steuerschlupflöcher müssen schnellstmöglich
401 geschlossen werden. Auch das Thema der Umsatzsteuergerechtigkeit im
402 Online-Handel muss endlich angegangen werden. Wir brauchen dringend eine
403 grundlegendere Reform im Steuer- und Abgabensystem in Deutschland,
404 konsequent progressiv und mit einer deutlichen Verlagerung der Steuern und
405 Abgaben vom Faktor Arbeit auf "arbeitsfreie" Einkommen (z.B. Kapital und
406 Ressourcen).

407 • Vereinheitlichung und Vereinfachung von Regeln und Begriffen: Wir fordern
408 die Schaffung einheitlicher vereinfachter Bilanzierungsregeln unter
409 Beachtung des Konzepts der Wesentlichkeit analog zu den „IFRS for SME“
410 sowie eine Absenkung des Mindestgebührensatzes der Bilanz in der StBGebV
411 auf das Niveau des Satzes für die EÜR (Einnahme-Überschuss-Rechnung) um
412 den zeitlichen und monetären Aufwand für kleine Bilanzen auf den Aufwand
413 einer EÜR zu begrenzen. Durch die Schaffung einer Option hinsichtlich der
414 Anwendung eines einheitlichen vereinfachten Bilanzierungsrahmens inklusive
415 Berichtspflichten können größenklassenbedingte Wechsel von der EÜR zur
416 Bilanzierung weitgehend vermieden werden. Ebenfalls brauchen wir eine
417 gesetzesübergreifende Vereinheitlichung von Rechtsbegriffen und

418 Grenzwerten, z. B. Berechnung der Anzahl der Beschäftigten nach
419 Handelsrecht und Sozialversicherungsrecht, Festlegung der Größenklassen
420 von Unternehmen nach Handelsrecht und Umsatzsteuerrecht oder Grenzwerte
421 und Regeln für Geschenke, Sachbezüge für Arbeitnehmer, Bewirtungen und
422 Betriebsveranstaltungen. Gesetze sollen klar und verständlich formuliert
423 sein und nicht die häufig notwendige Einschaltung eines Rechtsanwaltes
424 oder Steuerberaters voraussetzen.

425 6. Liquidität erhalten / Kapitalausstattung verbessern

426 Wir Grüne wollen eine spürbare Entlastung und Verbesserung der Liquidität von
427 kleinen Betrieben und Selbständigen erreichen. Dazu wollen wir steuerliche
428 Regelungen und Verwaltungsprozesse so ausgestalten, dass sie einfacher befolgt
429 werden können. Wir wollen wirksame Unterstützungsmaßnahmen aufsetzen, um
430 Kapitalaufzehrungen und Umsatzverluste aus Corona-Zeiten in den Betrieben jetzt
431 auffangen zu können und einen guten Neustart zu ermöglichen.

- 432 • Erhöhung Grundfreibetrag bei der Einkommenssteuer: Wir wollen kleine und
433 mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags bis auf die
434 Pfändungsfreigrenze entlasten sowie eine Verlängerung der Progression zur
435 Gegenfinanzierung.
- 436 • Erhöhung der Ist-Versteuergrenze (Umsatzsteuer): Wir wollen eine
437 Vervierfachung der Ist-Versteuergrenze auf 2 Mio. Euro umsetzen, so
438 dass Unternehmen mit weniger als 2 Mio. Euro Jahresumsatz die Umsatzsteuer
439 erst entrichten müssen, wenn ihr Kunde bezahlt hat. Wir wollen eine
440 Überprüfung des Konzeptes der Sollversteuerung insb. im Hinblick auf
441 übermäßige Liquiditätsbelastungen beim Wechsel von der Ist- zur
442 Sollversteuerung.
- 443 • Abschreibungen erleichtern: Wir wollen die Abschreibungsgrenze für
444 geringwertige Wirtschaftsgüter auf mindestens 1.000 Euro erhöhen und uns
445 für eine Sofortabschreibung für die Ausstattung von Büroarbeitsplätzen
446 sowie andere kurzlebige Wirtschaftsgüter auch nach der Corona-Krise
447 einsetzen.
- 448 • Betriebskostenpauschale: Bei Selbständigen von KU sind Betriebskosten oft
449 zu großen Teilen identisch mit ihren Lebenskosten, da sie ihren Beruf
450 „leben“. Dies gilt vor allem für Selbständige, die von zuhause arbeiten.
451 Eine Trennung von privaten und beruflich veranlassten Ausgaben ist oft
452 schwierig, was zu Problemen bei der steuerlichen Abgrenzung und zu einem
453 hohen Bürokratieaufwand führt. Wir plädieren daher für die Einführung
454 eines angemessenen Pauschbetrages für Selbständige für Betriebskosten
455 analog zur Werbungskostenpauschale für Arbeitnehmer. Doppelnutzen müssen
456 vermieden werden.
- 457 • Freibeträgen für KSt und GewSt: Eine deutliche Entlastung der KU kann
458 erzielt werden, indem steuerliche Freibeträge bei der Berechnung der KSt
459 und/oder GewSt eingeführt bzw. erhöht werden. Zur Vermeidung von
460 Gestaltungsmissbräuchen sind entsprechende Regelungen aufzunehmen, die

- 461 eine lediglich steuergetriebene Betriebsaufspaltung verhindern. Die Regeln
462 zur Organschaft sollen hier Anwendung finden.
- 463 • Ansparabschreibungen nach Unternehmensgrößen: Wir wollen die Regelungen
464 des § 7g EStG gestaffelt nach Unternehmensgrößen anpassen. Demnach würde
465 man kleinen Unternehmen mit einem Gewinn von bis zu 60.000 Euro einen 75 -
466 100 %igen Investitionsabzug ermöglichen, mit dem diese Unternehmen die
467 zukünftigen Anschaffungskosten bereits vor der eigentlichen Investition
468 gelten machen und die daraus freigewordene Liquidität zur Finanzierung der
469 Anschaffungen nutzen könnten.
 - 470 • Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge: Wir wollen
471 die besonders stark von der Corona-Krise getroffenen kleinen Unternehmen
472 jetzt unterstützen, indem die Sozialbeiträge erst im Folgemonat und nicht
473 schon im laufenden Monat abgeführt werden müssen. So bekämen die KUs
474 gerade dann nochmal eine Liquiditätshilfe, wenn andere Rettungsmaßnahmen
475 auslaufen. Seit 2005 müssen Unternehmen ihre Sozialabgaben für die
476 Mitarbeiter nicht mehr im Folgemonat, sondern im laufenden Monat zahlen.
477 Dies war als vorübergehende Liquiditätshilfe für die Sozialkassen zulasten
478 der Unternehmen gedacht. Die Maßnahme wurde nie zurückgenommen, belastet
479 die Liquidität der KU aber sehr. Darüber hinaus reduzieren wir den
480 organisatorischen Aufwand bei vielen Unternehmen, da für Mitarbeiter, die
481 kein festes Entgelt, sondern Überstunden, Zuschläge etc. ausgezahlt
482 bekommen, ein doppelter Aufwand vermieden wird. Aktuell müssen Unternehmer
483 zunächst die Sozialversicherungsbeiträge schätzen um dann im folgenden
484 Monat die Fehler der Schätzung zu korrigieren und mit der Schätzung des
485 aktuellen Monats zu verrechnen.
 - 486 • Gründungs-/Nachfolgedarlehen: Zu oft scheitern Gründung und Übernahme
487 bestehender kleinerer Betriebe an fehlendem Eigenkapital. Wir Grüne wollen
488 Gründungen und Übernahmen erleichtern und fordern, dass der Bund / Land
489 einen wesentlichen Teil der nicht durch Sicherheiten abgedeckten
490 Kreditsumme verbürgt (Haftungsfreistellung). Ein entsprechendes
491 Wirtschaftlichkeitskonzept ist durch die lokale Hausbank zu prüfen. Um
492 Missbrauch vorzubeugen, dürfen Personen diese Kredite nur einmal
493 beantragen.
 - 494 • Wir wollen alle Kosten für Forschung und Entwicklung in KMU mit einem
495 mindestens 15%igen steuerlichen Forschungsbonus unbürokratisch zu fördern;
 - 496 • Zur Verbesserung der Kapitalausstattung von KUs wollen wir die
497 Gewinnthesaurierungsoptionen weiterentwickeln: Wir wollen das Eigenkapital
498 von Unternehmen allgemein und insbesondere für KU stärken. Eine gute
499 Eigenkapitalbasis macht Unternehmen krisenfester und ist eine wichtige
500 Basis zur Stärkung von Innovationen und Investitionen. Die
501 Thesaurierungsmöglichkeiten für Einzelunternehmen und
502 Personengesellschaften, d.h. die Steuerbegünstigung für nicht entnommene
503 Gewinne, wird aktuell von kleinen und mittleren Unternehmen kaum genutzt.
504 Dies liegt vor allem an der sogenannten Verwendungsreihenfolge „last in,
505 first out“, das heißt bereits vollversteuerte Gewinne können erst
506 entnommen werden, wenn alle thesaurierten Gewinne, die noch nachversteuert
507 werden müssen, aufgebraucht sind. Der Anreiz die

508 Thesaurierungsbegünstigung zu nutzen ist durch diesen „lock-in“ Effekt
509 jedoch gering. Wir wollen deshalb für KUs die Verwendungsreihenfolge mit
510 einer Begrenzung auf 100.000 Euro pro Jahr aussetzen. Dabei müssen
511 Regelungen vorgesehen werden, die eine missbräuchliche Nutzung dieser
512 Regelung verhindern und eine Mindestnachversteuerung gewährleisten. So
513 könnte bspw. die Pflicht zur unmittelbaren Nachversteuerung thesaurierter
514 Gewinne nach Paragraph 34a Absatz 4 EStG auf die Höhe der thesaurierten
515 Gewinne zuzüglich einer angemessenen Steuerrückstellung beschränkt werden.
516 So dass die Entnahmemöglichkeit für bereits vollversteuerte Gewinne nur um
517 die Steuerrückstellung für die thesaurierten Gewinne gemindert ist. Mit
518 diesen Maßnahmen machen wir das Instrument der Gewinnthesaurierung für KUs
519 nutzbar und fördern damit Innovationen und Investitionen für kleinere
520 Unternehmen.

521 7. Soziale Absicherung gewährleisten

522 Vergleicht man die Steuer- und Abgabenanteile der drei Produktionsfaktoren
523 Arbeit, Kapital und Umwelt wird deutlich, dass der Anteil der Steuern und
524 Abgaben auf den Faktor Arbeit in den letzten Jahrzehnten am stärksten gestiegen
525 ist. Der Anteil von Steuern und Abgaben auf Einkünfte aus Kapital lag 2017 bei
526 13,2 %, demgegenüber lag der Anteil auf Einkünfte aus Arbeit bei 63,3%. [\[6\]](#)

527 Aktuell liegen die gesetzlichen Sozialabgaben bei rund 39 Prozent. Die hohen
528 Sozialausgaben stellen eine große finanzielle Last für Selbständige mit geringem
529 Einkommen sowie für kleine personalintensive Unternehmen dar. Viele
530 Selbständige/Solo-Selbständige treffen keine oder eine nur unzureichende
531 Altersvorsorge. Die Gefahr der Altersarmut ist sehr groß. Frauen sind davon
532 überproportional betroffen. Und je größer der Anteil Arbeit an der Wertschöpfung
533 im Unternehmen ist, desto höher sind prozentual die Kosten zur SV
534 (Sozialversicherung) an den Stückkosten. Dies ist ein erheblicher
535 Wettbewerbsnachteil im Vergleich zur kapitalintensiv produzierenden Industrie.

536 Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung: Wir Grüne wollen die soziale
537 Absicherung über die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung in der
538 Kranken- und der Rentenversicherung für alle Selbständige gewährleisten. Indem
539 alle Bevölkerungsgruppen über alle Einkunftsarten in die Finanzierung einbezogen
540 werden, können wir die Belastungen fair und für alle tragfähig ausgestalten.
541 Weil wir den Faktor Kapital in die solidarische Finanzierung mit einbeziehen,
542 kann der Faktor Arbeit entlastet werden. Davon würden vor allem Selbständige mit
543 geringem Einkommen und kleinere personalintensive Unternehmen profitieren.
544 Ebenso würden die geringer verdienenden Mitarbeitenden entlastet. Die
545 Mindestbeitragsbemessungsgrenze für Selbständige wollen wir weiter absenken,
546 damit kleinere Einkommen nicht überproportional belastet werden.

547 Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung: Die Arbeitslosenversicherung
548 (AV) soll allen Selbständigen offenstehen sowie bezahlbar und flexibel
549 ausgestaltet werden. Heute können sich Selbständige in der AV nur freiwillig
550 versichern, wenn sie innerhalb der letzten 24 Monate 12 Monate pflichtversichert
551 waren. Im ersten Schritt fordern wir eine Arbeitslosenversicherung für
552 Selbständige unabhängig davon, ob sie vorher pflichtversichert waren oder nicht.
553 Wahltarife sollen dabei mehr Flexibilität für Selbständige ermöglichen. Künftig
554 sollte es Selbständigen deshalb möglich sein, Beiträge anhand der halben
555 Bezugsgröße zu zahlen. Im Falle der Arbeitslosigkeit haben sie Anspruch auf

556 Arbeitslosengeld entsprechend ihrer gezahlten Beiträge. Entscheiden sie sich,
557 die vollen Beiträge zu zahlen, haben sie Anspruch auf ein entsprechend höheres
558 Arbeitslosengeld. Dabei sollen die besonderen Bedingungen des jeweiligen
559 Berufsbildes und der gestaffelten Beiträge Auswirkungen sowohl auf den Anspruch
560 wie auch auf die Auszahlung der Ersatzleistungen haben. Ebenso bringt ein Zugang
561 zu anderen Leistungen der Arbeitsförderung insbesondere für Solo-Selbständige
562 eine höhere soziale Gleichheit. Langfristig sollte auch die
563 Arbeitslosenversicherung in das Konzept der solidarischen Bürgerversicherung
564 integriert werden.

565 Perspektivisch müssen im Rahmen einer steuerlichen Umschichtung die Faktoren
566 Energie- und Rohstoffverbrauch sowie Umweltbelastungen stärker in die
567 Finanzierung der gesamten Sozialversicherung einbezogen werden.

568 [1] IfM, Bonn: [https://www.ifm-bonn.org/statistiken/unternehmensbestand/kmu-
insgesamt/deutschland](https://www.ifm-bonn.org/statistiken/unternehmensbestand/kmu-
569 insgesamt/deutschland)

570 [2]<https://www.bwo.admin.ch/bwo/de/home/mietrecht/coronavirus.html#471806746>

571 [3][https://www.tirol.gv.at/arbeit-
wirtschaft/wirtschaftsfoerderung/wirtschaftsfoerderungsprogramm/nahversorgung/](https://www.tirol.gv.at/arbeit-
572 wirtschaft/wirtschaftsfoerderung/wirtschaftsfoerderungsprogramm/nahversorgung/)

573 [4][https://www.gruene-
bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/laendliche_raeume/pdf/-
autorenpapier-lebensmittelhandwerk.pdf](https://www.gruene-
574 bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/themen_az/laendliche_raeume/pdf/-
575 autorenpapier-lebensmittelhandwerk.pdf)

576 [5][https://www.netzoekonom.de/2018/05/08/grossunternehmen-profitieren-am-
staerksten-von-digitalisierung/](https://www.netzoekonom.de/2018/05/08/grossunternehmen-profitieren-am-
577 staerksten-von-digitalisierung/)

578 [6]<https://foes.de/pdf/2017-06-Hintergrundpapier-Steuerstruktur.pdf>